

100 Jahre November-Revolution

Braunschweig Einhundert Jahre:
100 Jahre Beendigung des 1. Weltkrieges durch die Novemberrevolution • 100 Jahre Schulbildung und Schulpflicht auch für Mädchen • 100 Jahre allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht • 100 Jahre Frauenwahlrecht • 100 Jahre Achtstundentag • 100 Jahre ... und wer wünscht sich das Herzogtum zurück?

28 Millionen € für Glanz und Gloria aus der Stadtkasse

Wer glaubt, die Glorifizierung des Welfen-Hauses sei doch spätestens seit Aufarbeitung der Kriegsverbrechen der herzoglichen Truppen im belgischen Roselies passé, der irrt gewaltig.



**MIT ROTEM
HALSTUCH**
NOVEMBERREVOLUTION IN
BRAUNSCHWEIG 1918 / 19

Die Parteien im Rat machten Millionenbeträge für's Fürstliche, Autokratische locker:

- 4 Mio. € für schlossähnliches Ambiente und Einbauten im Jahre 2006
 - 17 Mio. € Schlossfassade + ca. 300 Tsd. Quadriga-Kosten
 - rd. 100 Tsd. € Sanierungskosten Herzog-Thron und Himmelbett
 - ca. 3 Mio. € Inneneinrichtung Schlossmuseum
 - 1,8 Mio. € Kaiser-Otto-Jahr 2010
 - 1,2 Mio. € Fürstenhochzeits-Jubiläum 2013, zusammen also in den letzten 10 Jahren runde 28 Mio. €.
- Die Begründung dafür sei die „Braunschweigische Identität“, so die Apologeten des Herzöglichen. (alles nachzulesen in der BISS-Zeitung „Unser-Braunschweig“ Nr. 10, S. 4)
- Der Thron im Schloss-Museum – „Schaltzentrale der Braunschweiger Kultur“?**

Das Schloss-Museum bekommt Jahr für Jahr eine Bezuschussung für die Raumkosten in Höhe von 84.000 € sowie weitere 141.000 € für Allgemeines.

Wesentliches Ausstellungsstück: Der Thron des Herzogs. 70 Tsd. € für Thron-Renovierung, kein Problem. Die Herrschaften von Borek über Hoffmann bis hin zu Glogowski sehen den Herzog-Thron als eine Art Inkarnation für Braunschweigische Identität – ein rückwärtsgewandtes Menschenbild der Untertänigkeit ... Eines sollte der Rat der Stadt und seine Parteien nun spätestens seit dem Fiasko der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Herrn Pièch (VW) vor vier Jahren gelernt haben:

Braunschweig mag zwar noch Vieles benötigen, keinesfalls aber alten Adel oder neuen Geld-Adel.

Großer Bluff beim Strom



»BS|Energy« fährt Reklame als ökologischer Stromversorger

Nach einem Bericht von Spiegel Online vom 31.01.2018 (<https://tinyurl.com/y9hreev7>) rangiert der Braunschweiger Stromversorger BS|Energy auf Platz 6 der 10 dreckigsten deutschen Stromversorger. Danach hat der gelieferte Strom

nur einen Anteil von 4,4 % Ökostrom, nach eigenen Angaben aber 45 %. Dafür aber viel mehr Strom aus Kohle (75 %) und Atomkraft (20 %). BS|Energy rechnet sich also nach eigenen Worten woanders regenerativ erzeugten Strom „virtuell“

in erheblichem Umfang zugute, obwohl dieser Ökostrom für die eigene Kundschaft in Wirklichkeit weder selbst produziert noch beschafft wird. Unser-Braunschweig fragt nach. *Die Fragen und Antworten finden Sie auf Seite 2.*

Bäume brauchen Schutz



Viele sind fassungslos und traurig.
Jeder gefällte Baum schädigt Mensch und Klima. Inzwischen mahnen uns Plakate an Bäumen: „Sind wir es nicht wert, gerettet zu werden?“
Die Bürgerinitiative Baumschutz fordert: „Baumschutzsatzung jetzt!“
... mehr auf Seite 6



Radioaktive Wolke über BS - Wie bin ich betroffen?

Informationsveranstaltung am Mittwoch, 11. April 2018, 19 Uhr

Haus der Kulturen, Am Nordbahnhof 1, 38106 Braunschweig

Über das Thema „Die besondere Strahlensensibilität der Kinder“ referiert Dr. Winfrid Eisenberg, der ehemaliger Leiter der Kinderklinik in Herford.
Veranstalter: Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS, www.biss-braunschweig.de)

Ein Szenario, das sich kaum jemand vorstellen kann und mag. Aber ist es unrealistisch? Sollte Eckert & Ziegler in Braunschweig-Thune radioaktive Stoffe im genehmigten Umfang vorhalten und es käme durch einen Unfall, einen Störfall oder gar durch einen terroristischen Anschlag zu einer Freisetzung von radioaktivem Material in die Umgebung, also ins Stadtgebiet von Braunschweig, dann müsste mit Evakuierungsmaßnahmen gerechnet werden. Niemand würde für die Beseitigung der radioaktiven Stoffe, die über das Stadtgebiet in Gärten und Häusern

verteilt wären, aufkommen. Die Bürgerinitiative Strahlenschutz Braunschweig e.V. (BISS) lädt zu einer Veranstaltung ein, um über folgende Punkte zu informieren:

- Welche Mengen an radioaktiven Materialien dürfen die Atomfirmen am Standort Braunschweig-Thune lagern?
- Welche Szenarien könnten zu einer hohen Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Umgebung führen?
- Welche Folgen wären dann absehbar für die Braunschweigerinnen und Braunschweiger?

- Welche Freisetzungen von radioaktiven Stoffen erfolgen im täglichen Betrieb?

- Warum sind Kinder in höherem Maße von radioaktiven Belastungen betroffen?



„Kinder sind viel strahlensensibler als Erwachsene. Der Hauptgrund dafür ist die hohe Zellteilungsfrequenz des wachsenden Organismus. Zellen in der Teilungsphase (Mitose) sind durch ionisierende Strahlen

erheblich stärker gefährdet als ruhende Zellen. In der Naheumgebung der Firma Eckert & Ziegler wohnen Familien mit kleinen Kindern, es gibt dort Schulen und Kindergärten. Aufenthalt von Kindern in der Nähe der Nuklearfirma ist nicht verantwortbar (Leukämie-Risiko).“

Dr. med. Winfrid Eisenberg,
Kinderarzt
(Foto: Neue Westfälische, Herford)

1968 – und was daraus wurde

Erfahrungen, Beobachtungen und nachträgliche Reflexionen einer Zeitzeugin

Anfänge

Natürlich hat die Studentenrebellion, welche die westdeutsche Republik erschütterte und nachhaltig veränderte, schon vorher angefangen. Im Sommer 1966 fand in Göttingen erstmals eine Demonstration gegen den Vietnam-Krieg statt, die von den braven Einwohnern als Umzug zum Schützenfest begrüßt wurde.

Bei späteren Anlässen riefen sie „Geht doch nach drüben“, womit die DDR gemeint war. Der Antikommunismus saß tief in der Bevölkerung. Dass die

erste Demo sich gegen den Vietnamkrieg richtete, den niemals erklärten Krieg einer imperialen Macht gegen ein kleines Volk, war kein Zufall: Überall in der Welt, in den USA, in Frankreich, Italien, Japan, Prag und sogar in Moskau befanden sich die Studenten im Aufruhr. Aber während es z. B. in Frankreich gelang, andere Bevölkerungsschichten, vor allem Arbeiter, zum Kampf gegen das „Establishment“ zu gewinnen, endeten in Westdeutschland alle Versuche damit, dass den Studenten Prügel angedroht wurden. Noch

fühlten sich die Arbeiter in der „keynesianischen Wohlfahrtsgesellschaft“ und unter US-amerikanischer Schutzherrschaft sicher und akzeptierten keine Kritik daran.

Für die deutschen Studenten gab es noch andere Gründe zur Rebellion: Die NS-Zeit war ein Tabuthema, über das die Eltern und Großeltern eisernes Stillschweigen wahrten. Und an den Universitäten lehrten vielfach noch die alten Nazis, deren Bücher aus braunen Zeiten vor den Studenten im Giftschrank versteckt wurden. Überhaupt

herrschte ein streng hierarchischer Geist, der Unterordnung verlangte und zum Widerspruch reizte. Man könnte diese erste Phase der Rebellion als Zeit des Tabubruchs bezeichnen. Die Studenten lasen in privaten Zirkeln die Werke der seit der Nazizeit verfemten Denker. Ein kollektiver Lernprozess setzte ein. Der Vietnamkrieg weckte das Interesse an politökonomischen Themen (Marx, Marcuse). Auch Freud und andere Psychologen wurden in Raubdrucken verbreitet.

weiter auf Seite 8 ...

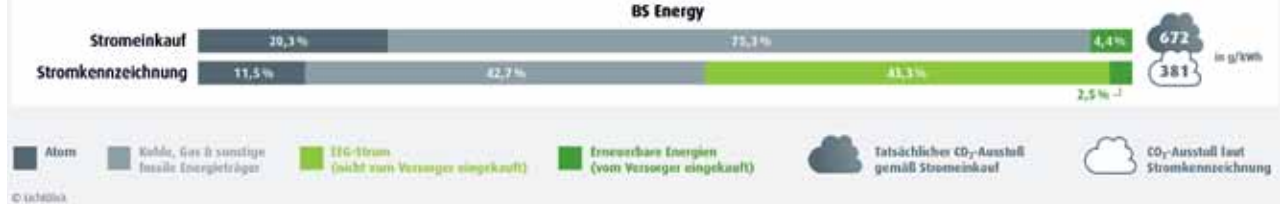
„Virtueller“ Ökostrom?

Nicht mal ein Zehntel des ausgewiesenen Ökostroms bei BS|Energy ist real

Weiter von Seite 1
„Großer Bluff beim Strom“
Unser-Braunschweig fragt nach.

Auf der Website von BS|Energy kann man lesen: „Fast die Hälfte des Stroms im Energieträgermix von BS|Energy wird bereits aus erneuerbaren Energien wie Sonnen- oder Windenergie gewonnen – das ist deutlich mehr als im deutschlandweiten Vergleich. Umweltschutz ist für uns kein Lippenbekenntnis. Umweltschutz ist ein Pfeiler unserer Firmenkultur. Hier sehen wir uns in der Verantwortung.“ Denkt da nicht jeder Verbraucher an ein sympathisches grünes Unternehmen, bei dem man gerne seinen Strom kauft? **Wem kann man nun glauben?** Die Redaktion von Unser-Braunschweig hat BS|Energy dazu befragt. **Frage:** Treffen die Darstellungen der Lichtblick-Studie von Spiegel Online zu?

Antwort: „.... das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sieht vor, dass die Kosten sowie die dazugehörige Menge erzeugten regenerativen Stroms [aus allen Anlagen in Deutschland, d. Red.] nach einem bestimmten Schlüssel virtuell auf alle Energieversorger umgelegt werden. Dieser Strom wird (...) von allen Energieversorgern in der Stromkennzeichnung ausgewiesen, so auch bei BS|Energy (...) In der Pressemitteilung des Stromanbieters Lichtblick wird dieser nach dem EEG geförderte Strom jedoch aus dem Gesamtstrommix herausgerechnet.“



© Spiegel Online hinterfragte die Stromkennzeichnungen (<https://tinyurl.com/s9hreev7>). **Ökostrom versprochen, aber nicht geliefert?** Nach einer Studie von Lichtblick ist BS|Energy auf Platz 6 der dreckigsten Stromanbieter, weil nur 4,4 % Strom aus regenerativer Erzeugung eingekauft werden.

Sie suchen einen sauberen Stromanbieter?

Hier bekommen Sie sauberen Strom - die Webadressen der sauberen Anbieter:

www.buergerwerke.de; www.ews-schoenau.de; www.greenpeace-energy.de; www.lichtblick.de

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg in der Krise

Sozusagen als Vorbereitung für den Einstieg von Volkswagen wurde der Flughafen Braunschweig bereits im Jahre 2005 in Flughafen Braunschweig-Wolfsburg umbenannt, dann wurde die Start-/Landebahn des Flughafens auf Kosten des Steuerzahlers für die Flugbereitschaft der Volkswagen AG von 1.680 m auf 2.300 m verlängert und schließlich durfte der Steuerzahler die dadurch erheblich gestiegenen Betriebskosten übernehmen. Eine wahrhaft gelungene Subventionierung eines privaten Unternehmens durch den Steuerzahler! **Steigendes Flughafen-Defizit** Der Betrieb des Flughafens ist allerdings seit über 18 Jahren defizitär und das für das Jahr 2018 erwartete Betriebsergebnis vor Zuschüssen ent-



spricht einem Defizit von mittlerweile 4,59 Mio. Euro. Zur Erzielung eines halbwegs ausgeglichen Jahresabschlusses leisten die Gesellschafter Stadt Braunschweig, Stadt Wolfsburg und das Land Niedersachsen Betriebskostenzuschüsse. Das Land Niedersachsen tritt dabei nicht in Erscheinung, sondern reicht die Mittel über VW weiter – insgesamt alles Steuergelder. Aber selbst diese Zuschüsse sind nicht ausreichend. Zusätzlich werden die Abschreibungen auf die vom Steuerzahler finanzierte Verlängerung der Start-/Landebahn der Flughafen-Gesellschaft nicht etwa den Rückstellungen zugeführt, sondern als Einnahmen verbucht. Verkäufe eigener Grundstücke, die den

Gesellschaftern eh schon gehören, an die Gesellschafter führen zu weiteren scheinbaren Einnahmen. Dazu die Flughafengesellschaft im Jahre 2016: „Die Flughafengesellschaft hatte für betriebsnotwendige Investitionen einen erhöhten Kapitalbedarf, der nur durch den Verkauf von Vermögenswerten gedeckt werden konnte.“ **Wie mag es weitergehen?** Die Gesellschafter haben die Summe ihrer Betriebskostenzuschüsse seit 2016 auf 2,8 Mio. Euro gedeckelt. Die Stadt Braunschweig will darüber hinaus prüfen, ob der Flughafen ab 2024 ohne Zuschüsse auskommen kann. Weiterhin hat die EU die Bezuschussung von Flughäfen geändert: Beihilfen zum laufenden Unterhalt von Flughäfen sind danach nur noch bis zum Jahre 2024 erlaubt. Das Defizit des Flughafens wird also eher zu- statt abnehmen. Auswege sind gefragt. Denkbar wäre eine Ausweisung des Flughafens als Sonderflughafen, eine Übernahme des Flughafens durch den Hauptpartner VW oder die Überführung des Flughafens in eine Betreibergesellschaft, die Einnahmen auch aus nicht-luftfahrtbezogenen Aktivitäten generieren kann.

Ralf Beyer

Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz: Rechnungshof beanstandet

Die 2005 errichtete Stiftung soll laut Satzung die kulturellen und historischen Belange des Landes Braunschweig fördern. Ihr Direktor ist Tobias Henkel, Präsident und Aufsichtsratsvorsitzender war Dr. Gert Hoffmann von 2005 bis 2017. Die SBK erhält jährlich 248.000 € Förderung vom Land Niedersachsen aus Steuergeldern. Das Stiftungsvermögen muss zum Wohl der Allgemeinheit verwendet werden. Der niedersächsische Landesrechnungshof (LRH) hat die SBK schon mehrfach abgemahnt, weil Ausgaben nicht dem Stiftungszweck entsprachen. Trotzdem ging das bunte Treiben weiter. Im LRH-Jahresbericht 2017 <https://www.lrh.niedersachsen.de/download/118912> findet man:

Hohe Ausgaben für Verwaltung: Die Ausgaben stiegen in den letzten zehn Jahren von 150.000 € auf 930.000 € per anno.

„Man gönnt sich ja sonst nichts“: „Für das Sommerfest, die Herstellung des Bienenhauses und seine Einweihung entstanden Kosten in Höhe von knapp 50.000 €. (...) Bei einem festlichen Dinner (in Berlin!) im kleinen Kreis waren mehr als die Hälfte der teilnehmenden Personen der Stiftung und der Region Braunschweig zuzurechnen. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben ... auf 10.000 €. (...) In den Jahren 2013 bis 2015 zahlte allein der Direktor aus den Verfügungsfonds (...) für insgesamt 160 Bewirtungen.“ Unter „Tagesklausuren“ wurde z. B. der Besuch einer „Event-Kochschule“, die Besichtigung einer Schokoladenfabrik, der Besuch eines „Wintertheaters“, Betriebsausflüge und Weihnachtsfeiern verbucht. Der LRH beanstandet insbesondere, dass die Stiftung die Verfügungsmittel regelmäßig für die Eigenbewirtungen des Direktors sowie für die Bewirtung von Mitarbeitern nutzte. „Der Direktor nutzte zumeist (...) die dienstliche Kreditkarte. Er versäumte es jedoch über mindestens 18 Monate, die Zahlungen durch Vorlage von Belegen abzurechnen.“

Teure Dienstreisen: „Von 2013 bis 2015 erledigte der Direktor mehr als 38 Dienstreisen, davon 30 % ins europäische Ausland, u. a. nach Riga, Kopenhagen, Amsterdam und Kristiansand. Der Direktor zahlte mit der dienstlichen Kreditkarte, blieb aber über Jahre Belege für 85 Zahlungen schuldig. Das vom Direktor praktizierte Abrechnungsverhalten (...) verletzt die beamtenrechtliche Kernpflicht zu gewissenhafter Amtsführung.“

Überdimensionierte Dienstwagen: „Der Direktor fuhr Geländewagen der Oberklasse. In der Landesverwaltung dürfen derartige Fahrzeuge nur für Inhaber von Spitzenämtern (...) beschafft werden. (...) Die Führbücher der Stiftung wiesen für die letzten Jahre keine Dienstfahrten aus, die den Einsatz von Geländewagen gerechtfertigt hätten.“

Aufwendungen für den Präsidenten (Dr. Gert Hoffmann): „Beschäftigung einer Sekretariatskraft (...) auch für private Zwecke. Dienstreisen, bei denen der Bezug zu seinen Repräsentationsaufgaben (...) nicht immer erkennbar war.“

„Im Jahr 2011 veranstaltete die Stiftung anlässlich des 65. Geburtstages ihres Präsidenten eine als „Stiftungs-symposium“ bezeichnete Festveranstaltung (Kosten 4.400 €). Hierfür fehlte jedoch die dienstliche Veranlassung, weil ein Geburtstag ein privates Ereignis ist.“

Rechtsaufsichtliche Maßnahmen: Nach Auffassung des LRH besteht Bedarf für rechtsaufsichtliche Maßnahmen. Eine abschließende Bewertung will das zuständige Ministerium bis Ende April vorlegen. red



Landesrechnungshof prüfte Regressforderung gegen Ex-OB und langjährigen Stiftungsvorsitzenden Dr. Hoffmann.

Rathaus-Splitter

- zum Thema Zugriffe und Geschenke

In einer Akteninsicht stieß die BIBS-Fraktion auf folgenden Schriftverkehr:

„Sehr geehrter Herr Borek!
Herzlichen Dank für Ihre mail vom 21.11. Selbstverständlich wird die Stadt die Gebührenordnung für die Verwendung städt. Fotos nicht zur Anwendung bringen gegenüber einem wichtigen Sponsor und Mäzen der Stadt Braunschweig.“
(Email vom 22.11.2007 von Hoffmanns Kultur-Dezernenten Laczny auf den Wunsch von Richard Borek, 104 Fotomotive auf CD von der Stadt zu bekommen, verknüpft mit der Ansage, „natürlich möchten wir nicht 35,75 € pro Foto bezahlen.“)

Störfall: Strahlenunfall in Thune wirft Fragen auf

Welche Lehren zieht Niedersachsen aus dem Zwischenfall, der sich am 22.11.17 am Braunschweiger Atomstandort Thune ereignete?

Kurz: Die Bevölkerung wird bei der Freisetzung radioaktiver Stoffe nicht informiert. Da wir Radioaktivität nicht sehen, riechen oder schmecken können, sind Kinder und Erwachsene im Fall von Zwischen- oder Störfällen einer erhöhten radioaktiven Strahlung schutzlos ausgeliefert. Dieses Fazit lässt sich aus der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der Grünen zum Zwischenfall bei GE-Healthcare ziehen. Die Antworten zeigen: Der Schutz der Bevölkerung tritt zurück hinter einen Wust von Fragwürdigkeiten und Nicht-Antworten. Am 22.11.17 kommt es morgens um ca. 8 Uhr zu einem Unfall, bei dem radioaktives Jod-131 freigesetzt wird. Zu dieser Zeit befinden sich viele Kleinkinder mit ihren Eltern auf dem Weg in die Kindergärten und Kinder sowie Jugendliche auf dem Weg in die Schulen. Sie alle sind der Strahlung schutzlos ausgeliefert, da das Unternehmen weder die Stadt noch die Zivilbevölkerung informiert.

Erst 24 Stunden später hat die Firma eine Idee davon, wie viel Radioaktivität freigesetzt wurde. Jetzt wird klar, dass selbst der extrem hohe, genehmigte Tageswert überschritten wurde. (Dabei muss man wissen: Der momentane noch genehmigte Tageswert ist 60-mal so hoch wie der Wert, der in der Strahlenschutzverordnung genannt wird.) Nun erst wird das Umweltministerium informiert. Auch das Umweltministerium informiert jedoch Stadt und Bevölkerung nicht. Die Landesregierung macht in ihrer Antwort deutlich, dass auch bei zukünftigen Unfällen und radioaktiven Freisetzungen

weder die Stadt noch die Bevölkerung zeitnah informiert werden.

Die Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) fragt: Warum wird die Bevölkerung bei der Freisetzung radioaktiver Stoffe nicht sofort informiert? Was wäre, wenn nach mehreren Tagen rauskäme, dass die Strahlenbelastung der Bevölkerung so hoch war, dass selbst der Jahresgrenzwert übertroffen wurde? Wurde ein solcher Störfall auch in der bislang verheimlichten Störfallanalyse berücksichtigt und wenn ja, welche Strahlenfreisetzungen werden in der Störfallanalyse betrachtet? Am 22.11.17 wurden 21.700.000 Becquerel freigesetzt. Wenn dieser Wert höher sein sollte als die Annahmen der Störfallanalyse, so müsste die Störfallanalyse komplett infrage gestellt werden. Die BISS stellt Fragen: **Wieso führt das simple Auslaufen einer Plastikflasche zu einer Freisetzung in die Umwelt?** Wieso ist nicht prozesstechnisch sichergestellt, dass bei solch einem Störfall die Grenzwerte für die Umgebung der Atomfirmen zwingend nicht überschritten werden können? Der Störfall bei GE Healthcare Buchler am 22. November geschah morgens um acht. Auf einer Info-Veranstaltung der Stadt reagierten einige Mütter, wie auch eine Reihe älterer Damen mit Zwischenrufen: „Das ist doch genau die Zeit, in der viele Schülerinnen und Schüler unterwegs sind!“

Beim Störfall wurden 21 Megabecquerel Jod-131 freigesetzt. Jod-131 ist ein stark strahlender Stoff mit entsprechend kurzer Halbwertszeit (etwa eine Woche), der besonders für Kinder gefährlich ist und z. B. zu Schilddrüsenkrebs führen kann. Seitens der Mitarbeiterschaft wurden sofort Notfallmaßnahmen ergriffen, nicht erst am

nächsten Tag, wie die Braunschweiger Zeitung berichtet hatte.

ABER: Diese Maßnahmen erschöpfen sich offenbar hauptsächlich im Aufwischen. Dies sei die wichtigste Maßnahme, hieß es. Die Frage nach einem Schließen der Filter bzw. des „Loches“ zur Außenwelt erzielte hingegen nur ausweichende Antworten. Es entstand der Eindruck, die Filter könnten entweder überhaupt nicht verschlossen werden oder man hielte dies nicht für eine sinnvolle Option. Beides ist nicht befriedigend.

Schulen Mehrfach wurde von Anwohnern angemahnt, dass man grundsätzlich eine sofortige Benachrichtigung der anliegenden Schulen wünsche, sobald etwas geschieht, das die tägliche Rou-

tine überschreitet (es liegen schließlich sowieso sehr hohe Genehmigungen dafür vor, täglich radioaktive Stoffe in die Luft zu entlassen). Der Hinweis des Ministeriums, es seien ja keine Jahres-Grenzwerte überschritten worden, überzeugte nicht; schließlich kann schon ein einziges Molekül ausreichen, um eine Krankheit zu induzieren. Deshalb gibt es ja das Minimierungsgebot: Jede vermeidbare zusätzliche Strahlung ist zu vermeiden. Leider wurde die konkrete Frage, ob man nicht einen „stillen Alarm“ für die Schulen einrichten könne, von der Stadt ans Ministerium verwiesen, das darauf aber nur formal rechtlich argumentiert („Es wurden ja keine Grenzwerte überschritten, nur von uns ge-

setzte Höchstdosen, die als Richtlinien fungieren ...“). Die Fragen richten sich jedoch auch ausdrücklich an die kommunale Feuerwehr, als Anregung für die Stadt Braunschweig, kreative Wege zum Umgang mit der schwierigen Lage zu finden, in die die Verwaltung sie seit Jahrzehnten immer tiefer manövriert hat. Die BISS moniert, es sei schade, dass die Frage nach dem „stillen Alarm“ sofort vom Tisch gewischt wurde: Eine solche Benachrichtigung hätte zumindest dazu führen können, in den Schulen die Fenster zu schließen und eine Regenpause auszurufen, um ggf. zu verhindern, dass Schüler Nuklide einatmen. Das scheint die Verwaltung aber nicht wahrhaben zu wollen.

red

Auch noch Kernbrennstoffe in Thune zugelassen?

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat das niedersächsische Umweltministerium bereits im Jahr 2015 eine Betriebsbeschreibung von Eckert & Ziegler abgesegnet, worin neben Dienstleistungen und Übernahmen radioaktiver Stoffe für Medizin, Forschung und radioaktiver Abfälle auch Kerntechnik mit eingeschlossen sind.

Gewerbegebiet oder Atommüll-Drehscheibe?



Neue Bürgerinitiative gegründet: Bürgerinitiative Salzgitter Nord/West – Protestplakat auf dem Plangebiet zwischen Salzgitter-Thiede und Üfingen.

Auf einer Fläche von 3,2 Mio. Quadratmetern, größer als Monaco, soll am Bahnhof Beddingen ein städteübergreifendes Gewerbe- und Industriegebiet mit 24-Stunden-Betrieb entstehen. Nördlich der A39, zwischen dem Stichkanal Salzgitter und dem Übergabebahnhof Beddingen, würde die ländliche Prägung der Landschaft und der umliegenden Ortschaften Stiddien, Geitelde und Timmerlah zerstört und wertvollster Ackerboden unwiederbringlich vernichtet werden. Unverantwortbar wird die Belastung durch Gase, Staub, Dämpfe und den zusätzlichen Lärm durch Bahn- und LKW-Verkehr rund um die Uhr, verheerend die Auswirkungen auf das Stadtklima. Zudem

wird der Bahnhof Beddingen zu Atommülldrehscheibe, wenn ab 2027 die Einlagerung in Schacht Konrad beginnen sollte. Grotesk dabei auch: Die Stadt Salzgitter sitzt derzeit auf größeren, bereits voll erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen – und wird sie nicht los. **Wie es ablaufen soll:** Auf Initiative der Oberbürgermeister beschlossen die Räte der Städte Salzgitter und Braunschweig im Mai 2017, in einer „**Machbarkeitsstudie**“ die Rahmenbedingungen untersuchen zu lassen. Dies sollte „**ergebnisoffen**“ geschehen. Erste Ergebnisse liegen offenbar bereits vor, werden aber so lange unter Verschluss gehalten, bis alles untersucht ist (Plan: Frühjahr 2018). Danach erst soll eine

öffentliche Diskussion mit den Betroffenen geführt und durch Beschlüsse der Bezirks- und Stadträte abgeschlossen werden. **Was wir tun können:** Bisher haben weit über 1000 Bürger mit ihrer Unterschrift gegen die Pläne protestiert und mehrere hundert an Versammlungen in Geitelde, Broitzem und Üfingen teilgenommen, manche auch eine Internet-Petition unterzeichnet. Eine Mehrheit in unserem Bezirksrat bezieht Position gegen diese Pläne. Betroffene Landwirte, deren Ackerflächen im geplanten Gebiet liegen, lehnen einen Verkauf bislang ab. Bisher reicht dies alles jedoch noch nicht aus, um ein Umdenken in der Politik zu bewirken. Dazu müssen wir Aufklärung und Protest verstärken.

Große Koalition (GroKo) will Eingangslager

SPD und CDU wollen ein zentrales „Bereitstellungslager“ für die KONRAD-Abfälle errichten. Laut Koalitionsvertrag der GroKo heißt es dazu: „Für einen zügigen Einlagerungsbe-

trieb ist die Errichtung eines Bereitstellungslagers unverzichtbar. Wir werden deshalb ein solches Bereitstellungslager einrichten und mit den Planungen dafür unverzüglich beginnen.“

Ärztetag warnt vor gering radioaktivem Material

(08.02.18/IPPNW PM) Symposium der Landesärztekammer „Gesundheitliche Risiken gering radioaktiver Strahlenbelastung beim Rückbau von Atomkraftwerken und in Folge medizinischer Anwendungen“: Die Vertreterversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg und der Deutsche Ärztetag haben in 2016 und 2017 Entschliefungen verabschiedet, in denen sie vor der Verharmlosung möglicher Strahlen-

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative „Stichwort „Spende“
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!
BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunschweig, Landespark. 250 500 00
IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Impressum
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiative-braunschweig.de
VisiDp.: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Strasse 45, 38112 BS

Braunschweigs radioaktive Gefahr | Neuer Stresstest für Eckert & Ziegler

Die Entsorgungskommission des Bundes (ESK) hat nach der Katastrophe von Fukushima 2011 alle AKWs und Kerntechnischen Anlagen in Deutschland untersucht, ob sie sicher sind.

Dabei wurde nur für einen Standort eine Nachprüfung verlangt.

Eckert & Ziegler in Braunschweig

Denn die Beispiel-Rechnung für einen angenommenen Störfall ergab, dass im Umkreis von 350 m niemand wohnen dürfte. Nun hat die BISS diesen Stresstest der ESK mit den aktuellen Genehmigungs-Werten für das radioaktive Inventar bei Eckert

& Ziegler in Braunschweig neu berechnet, siehe „Stresstest“. Die hier vorgelegten spezifischen Stresstest-Berechnungen für den Braunschweiger Standort folgen den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission (SSK). Sie berücksichtigen, dass die Umgangsgenehmigungen von Eckert & Ziegler für radioaktive Stoffe um ein Vielfaches über den generischen Annahmen der Stresstest-Untersuchungen der Entsorgungskommission des Bundes (ESK) liegen. (*Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundes - Leitfaden bei kerntechnischen Notfällen, Heft 37, 2004*). Unsere Untersuchungen betrachten das ESK-Stresstest-



Szenario „*Thermische Einwirkung*“ und kommen für den Braunschweiger Standort zu dem Fazit, dass bereits eine Freisetzung von lediglich 0,1 % des genehmigten Aktivitätsinventars (im ESK-Stresstest wurde ein weitaus höherer Freisetzungsanteil angenommen) bei ungünstigen Wetterverhältnissen noch in 19 km Entfernung zu einer Überschreitung des Eingreifrichtwerts für die Evakuierung führen kann.

Die Notwendigkeit des spezifischen Stresstests für die Braunschweiger Nuklearfirma Eckert & Ziegler ergibt sich darüber hinaus aus den folgenden spezifischen Umständen:

• Das Öko-Institut (Küppers 2014) kommt für Eckert & Ziegler zu folgendem Fazit: „Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg stellt ein besonderes Risiko im Hinblick auf einen Flugzeugabsturz auf Gebäude der Gewerbebetriebe am Standort Braunschweig-Thune und Freisetzungen von radioaktiven Stoffen dar.“

• Sowohl das Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig (GAA-BS 2012a) als auch die Rechtsanwälte Eckert & Zieglers (siehe Wollenteit 2015) haben unabhängig voneinander die Gefahr terroristischer Anschläge angesprochen.

www.biss-braunschweig.de



2.3 Ausbreitungsmodell

Die Strahlendosis wird basierend auf den Störfallberechnungsgrundlagen der Strahlenschutzkommission (vgl. SSK 2003) und dem Katastrophenschutz-Leitfaden (vgl. SSK 2004) berechnet.

Analog zum ESK-Stresstest (vgl. ESK 2013 S. 24) wird unterstellt, dass die Aktivitätsfreisetzung vollständig innerhalb von 8 Stunden erfolgt.

Die Ausbreitung der freigesetzten Nuklide wird nach den Vorgaben der SSK berechnet. Die in diesem Zusammenhang relevanten Faktoren - Ausbreitungsfaktor (χ), Falloutfaktor (F) und Washoutfaktor (W) - hängen von den hier unten aufgeführten Parametern ab.

$$\chi = \frac{1}{\pi \cdot \sigma_{y,j}(x) \cdot \sigma_{z,j}(x) \cdot \bar{u}} \cdot \exp\left(-\frac{h_{eff}^2}{2 \cdot \sigma_{z,j}^2(x)}\right) \cdot \exp\left(-\frac{y^2}{2 \cdot \sigma_{y,j}^2(x)}\right) \quad (\text{SSK 2003, S. 18, 4.17})$$

$$F = \nu_g \cdot \chi \quad (\text{SSK 2003, S. 19, 4.21})$$

$$W = \frac{\Lambda}{\sqrt{2 \cdot \pi} \cdot \sigma_{y,j}(x) \cdot \bar{u}} \cdot \exp\left(-\frac{y^2}{2 \cdot \sigma_{y,j}^2(x)}\right) \quad (\text{SSK 2003, S. 20, 4.22})$$

mit

x : Quelldistanz in [m]

y : Aufpunktabstand quer zur Hauptwindzugrichtung in [m]

h_{eff} : Freisetzungshöhe, hier: $h_{eff} = 50$ [m] (SSK 2003, S. 33; ESK 2013, S. 24)

$\sigma_{y,j}(x)$: Horizontaler Ausbreitungsparameter für jeweiligen Aufpunkt (SSK 2003, S. 33)
 $\sigma_{y,j}(x) = p_{y,j} \cdot x^{q_{y,j}}$ [m]

$\sigma_{z,j}(x)$: Vertikaler Ausbreitungsparameter für jeweiligen Aufpunkt (SSK 2003, S. 33)
 $\sigma_{z,j}(x) = p_{z,j} \cdot x^{q_{z,j}}$ [m]

p_y und q_y sowie p_z und q_z sind abhängig von der effektiven Emissionshöhe

(hier, analog zur ESK-Betrachtung, 50 m) und der Diffusionskategorie:

Diffusionskategorie	Ausbreitungskoeffizient bzw. Ausbreitungsexponent			
	p_y	q_y	p_z	q_z
D	$p_{y,D} = 0,604$	$q_{y,D} = 0,784$	$p_{z,D} = 0,215$	$q_{z,D} = 0,885$
F	$p_{y,F} = 1,294$	$q_{y,F} = 0,718$	$p_{z,F} = 0,241$	$q_{z,F} = 0,662$

$\bar{u}$: Mittlere Windgeschwindigkeit in Freisetzungshöhe > 10 m (SSK 2003, S. 32)
mit Windgeschwindigkeit $u_1 = 1$ [$m \cdot s^{-1}$] und Bezugshöhe $z_1 = 10$ [m]

$$\bar{u} = u_1 \cdot \left(\frac{h_{eff}}{z_1}\right)^m = 1 \cdot \left(\frac{50}{10}\right)^m [\text{m} \cdot \text{s}^{-1}] \quad (\text{SSK 2003, S. 32})$$

$m = 0,28$ (für Diffusionskategorie D) und $m = 0,42$ (für Diffusionskategorie F)

ν_g : Ablagerungsgeschwindigkeit für Schwebstoffe (SSK 2003, S. 35, Tab. 1)
 $\nu_g = 1,5 \cdot 10^{-3}$ [$m \cdot s^{-1}$]

Λ : Washoutkoeffizient in [s^{-1}] (SSK 2003, S. 20, 4.23)

$$\Lambda = \Lambda_0 \cdot \left(\frac{l}{l_0}\right)^\kappa = 7 \cdot 10^{-5} \cdot \left(\frac{5}{1}\right)^{0,8} \approx 2,54 \cdot 10^{-4} [\text{s}^{-1}]$$

$\Lambda_0 = 7 \cdot 10^{-5}$ [s^{-1}] (SSK 2003, S. 35, Tab. 3)

$l_0 = 1$ [$mm \cdot h^{-1}$] Niederschlagsmenge (SSK 2003, S. 20)

$l = 5$ [$mm \cdot h^{-1}$] Niederschlagsintensität in 0-8 h (SSK 2003, S. 35, Tab. 2)

$\kappa = 0,8$ Exponent für Schwebstoffe und Iod (SSK 2003, S. 20)

Die Strahlendosis in den ersten sieben Tagen wird vereinfachend nur als Summe von Gamma-Bodenstrahlung und inhalierter Dosis angenommen. Weitere Strahlendosen ergeben sich aus den hier nicht berücksichtigten Expositionen infolge von Submersion, Direktstrahlung und Ingestion.

Die effektive **Strahlendosis durch Gamma-Bodenstrahlung** in sieben Tagen $H_{b,\gamma}^{eff}$ [mSv] ergibt sich für Erwachsene nach der SSK (2004) für jedes Nuklid r mit der Formel:

$$H_{b,\gamma}^{eff} = \frac{1 - e^{(-\lambda_r \cdot 604800)}}{\lambda_r} \cdot g_{b,\gamma}^{2,17\lambda_r} \cdot (F + W) \cdot Q_r \quad (\text{SSK 2004, S. 29ff.})$$

Atomfirmen kneifen

Kommentar

Seit November 17 liegt nun das Rechenwerk der BISS auf dem Tisch ...

... und wie reagieren die Atomfirmen? Sie hüllen sich in Schweigen.

Aber nicht nur das: Eine Akteneinsicht der BIBS-Fraktion in die firmeneigenen Störfall-Berechnungen wurde in letzter Minute durch Anwälte von Eckert & Ziegler gestoppt. „Geschäftsgeheimnis“ - lautet die Begründung. Weiterhin behaupten die Atomfirmen einen Gefährdungs-Radius von 20 Metern, während das vorliegende Ergebnis der BISS auf einen Radius von rd. 20 Kilometer kommt. Während also der Gefährdungs- und Evakuierungs-Radius bei den Atomfirmen kurz vor dem ersten Wohnhaus gegenüber der Straße endet, kommt das Rechenwerk der BISS auf einen Evakuierungs-Radius, der bis hinter Wolfenbüttel reicht. Die Atomfirmen kneifen und die zuständigen Behörden ducken sich weg. Die BISS legt vor, die Gegenseite kennt beide Rechenwerke - den Stresstest der BISS und die eigene sog. Störfallanalyse - und können nachrechnen. Kritiker

und Öffentlichkeit können nur mutmaßen, warum die Firmenberechnungen just am Bordstein des ersten Nachbarhauses enden.

• **Beim Störfall am 22.11.17 bei GE-Healthcare/Buchler wurden 21.700.000 Becquerel freigesetzt. Die Anwohnerschaft sowie Schulen wurden nicht sofort informiert.**

Wurde ein solcher Störfall auch in der bislang verheimlichten Störfallanalyse berücksichtigt und wenn ja, welche Strahlenfreisetzungen werden in der Störfallanalyse betrachtet?

Was wäre denn, wenn beim nächsten Störfall erst nach mehreren Tagen rauskäme, dass die Strahlenbelastung der Bevölkerung so hoch war, dass selbst der Jahresgrenzwert übertroffen wurde? Dann wäre nicht nur das firmeneigene Störfall-Rechenwerk hinfällig, sondern der Fortbestand der Atomfirmen im Thuner Wohngebiet obsolet. Schluss mit der gefährlichen Geheimniskrämerei. Wie kommentierte doch gleich die örtliche Tageszeitung? Vertrauensbildung sieht anders aus.

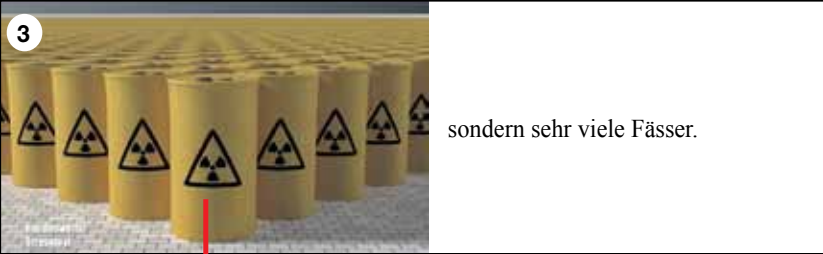
Peter Rosenbaum



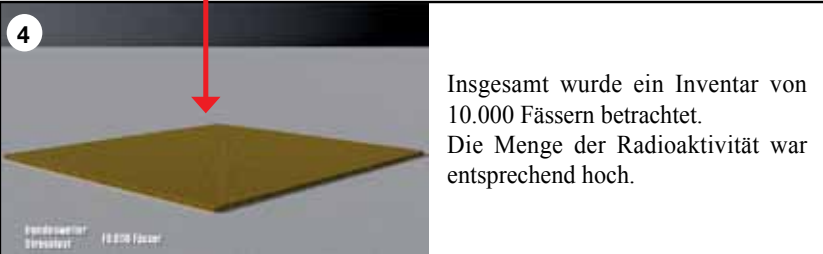
Als Folge dieser Katastrophe ließ Deutschland neben seinen AKWs auch die größeren Zwischenlager und Konditionierungsanlagen überprüfen. Eine dieser Anlagen ist die Nuklearfirma Eckert & Ziegler in Braunschweig.



Dieser Stresstest hat nicht nur einzelne Atommüllfässer betrachtet,



sondern sehr viele Fässer.



Insgesamt wurde ein Inventar von 10.000 Fässern betrachtet. Die Menge der Radioaktivität war entsprechend hoch.



Die Frage war: Was passiert, wenn von den 10.000 Fässern 500 Fässer zerstört werden und dadurch 2,5 Prozent der Radioaktivität der 10.000 Fässer freigesetzt wird? Das Ergebnis war ein Evakuierungsradius von 350 m.



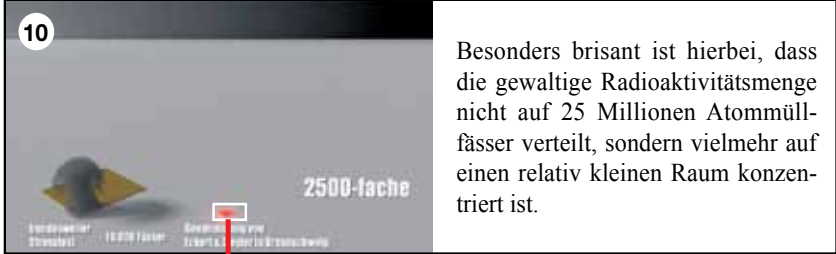
Der bundesweite Stresstest hat ein Inventar von 10.000 Fässern betrachtet. Ist das für Braunschweig überhaupt realistisch?



Für die Sicherheit kommt es nicht auf die Anzahl der Fässer an, sondern auf die darin befindliche Radioaktivität.



In Braunschweig ist das 2500-fache von dem genehmigt, was bei der Betrachtung des Stresstests der Bundesregierung vorausgesetzt wurde.



Besonders brisant ist hierbei, dass die gewaltige Radioaktivitätsmenge nicht auf 25 Millionen Atommüllfässer verteilt, sondern vielmehr auf einen relativ kleinen Raum konzentriert ist.



Was passiert nun, ...



... wenn ein Tausendstel dieser Aktivität freigesetzt wird?

Wenn wir das auf der Karte verdeutlichen wollen, so reicht der Fokus auf den Braunschweiger Norden nicht mehr aus.



Es ist eine Evakuierung bis zu 19 km notwendig. Ist das nun ein unrealistisches Szenario?



Ist es tatsächlich nicht möglich, dass auch nur ein Tausendstel der Aktivität frei werden kann? Die Aussagen von offizieller Seite aber auch von Eckert & Ziegler sind besorgniserregend.



Die Stadt Braunschweig und auch das Umweltministerium ignorieren diese Gefahr. Vielmehr soll der Nuklearfirma eine Fortführung und Ausweitung des radioaktiven Geschäfts ermöglicht werden.



Abholzungen in der Stadt, wohin man blickt BIBS-Bezirksräte informieren



Braunschweiger Baugenossenschaft holzt in der Schunteriedlung.

Abholzung in der Freisestraße, Georg-Eckert-Institut Ende Februar.

Bäume an der Jasperallee retten!

Die Bürgerinitiative Baumschutz Braunschweig ist entsetzt über die Ankündigung der Stadtverwaltung, 87 vorwiegend große Bäume auf der Jasperallee fällen zu wollen.

„Wir werden alles daran setzen, diese Bäume zu retten“, so Edmund Schultz von der BI Baumschutz. „Angesichts der weit über 1000 Bäume, die wir durch Orkan Xavier verloren haben, der 800 verlorenen Bäume in den Stadtaußenbezirken, die unter dem früheren OB Hoffmann nicht ersetzt wurden, sowie der Baumverluste in der Innenstadt im gleichen Zeitraum und weiterer Baumverluste durch die Orkane Friederike und Herborh können wir nicht verstehen, warum die Stadt ihre knappen Ressourcen nicht ausschließlich in schnelle und nach-



„Bin ich es nicht wert, gerettet zu werden ...“ gesehen auf der Jasperallee. Die Stadt ist vorerst zurückgerudert und prüft unseren Vorschlag, in den Lücken Linden nachzupflanzen.



MIETVERTRAG

von Thorsten Stelzner

Heute Abend bekamen alle Regierungen dieser Welt, per Einschreiben und mit Rückschein, folgende Nachricht zugestellt:

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Sie wissen nicht, wer wir sind, doch Sie werden uns kennenlernen. Unsere Firma ist die Planeten Holding GmbH, uns hat es schon gegeben, da war von Ihnen noch keiner da. Wir kauften den Planeten, der für Sie die Welt darstellt, und stellten ihn zur Verfügung, aus reiner Neugier, nicht für Geld.

Die ersten beiden Mieter hießen Adam und Eva oder Adam und Eve, zwei wirklich nette Leute, sehr ruhig, doch ein wenig primitiv.

Sie begannen sich zu vermehren, wogegen niemand etwas hat, doch dann bauten sie sich Hütten, später Häuser, dann ne Stadt.

Wir ließen sie gewähren, denn es war sehr interessant, doch dann ging's immer schneller, und wurd' schon bald brisant. Naja, die Entwicklung kennen Sie selber, das führt jetzt auch zu weit, und außerdem, dazu kommen wir noch, haben Sie auch nicht viel Zeit.

Es ist nun mal beschlossen, daran ist nichts mehr zu drehen, bei objektiver Betrachtung werden Sie's sicherlich verstehen, unsere Immobilie ist von Ihnen nicht sonderlich gepflegt, Sie haben nicht nur das Meer verseucht und fast jeden Baum zersägt, Sie haben auch die Luft versaut, die Tiere dezimiert, die Landschaft plattgemacht und zubetoniert, das reicht um Ihnen zu kündigen, wir fordern Sie nun auf, den Planeten zu verlassen, Klagen nehmen wir in Kauf.

Doch sollten Sie beachten, dass das nichts nützen wird, Sie zahlten keine Miete, haben das Objekt zerstört, dennoch räumen wir natürlich ein, Sie brauchen etwas Zeit, wir dachten an zehn Jahre, aber dann ist es so weit. Eines noch zum Abschluss, es steht auch im Vertrag, der Planet ist zu verlassen, wie am allerersten Tag. D. h. ursprünglich, ordentlich und natürlich, natürlich renoviert. Der Vertrag liegt diesem Schreiben bei, beglaubigt und kopiert.

P.S.: Suchen Sie nicht erst eine Bleibe, in diesem, unserem All, Ihr Ruf als Mieter ist beschissen, und das tatsächlich ÜberALL.

Mit freundlichen Grüßen
Planeten Holding GmbH
G. Ötlich und Sohn

Veranstaltungskalender

Termine für April in der VITA-MINE, Karl-Marx-Str. 6, 38104 Braunschweig

Sonntag, 01.04.18, ab 11:00 Uhr – Ausstellungseröffnung – “DENKMAL” – Ellinor Michel (Ellinor Michel – 1939 – 2007 ... – Sie malte Bilder, ihr Geliebter baute Bomben)
Sonntag, 01.04.18, ab 19:30 Uhr – Lesung – KONTOVERS – Politische Lyrik – Thorsten Stelzner

Freitag, 13.04.18, ab 19:30 Uhr – Konzert – Liebeslieder für Karl Marx – Diether Dehm u. Michale Letz
Donnerstag, 19.04.18, ab 19:30 Uhr – Konzert/Lesung – Hart wie Marmelade – Kai Havaii u. Stefan Kleinkrieg – EXTRABREIT



Am Hauptbahnhof Südeingang hat die Bahn ohne jede Not einen ganzen Wald mit sehr großen gesunden alten Bäumen vernichtet!

haltige Wiederaufforstungen investiert. Nicht einmal die beiden letztes Jahr bewilligten millionenschweren Förderprogramme reichen aus, diese gewaltigen Verluste zu kompensieren. Wir halten es für eine große Verschwendung von Haushaltsmitteln, 390.000 € dafür auszugeben, Bäume zu fällen, durch kleinere Bäume zu ersetzen und einen intakten Mittelstreifen zu erneuern. Wir wünschen uns, dass das Geld komplett in Neupflanzungen investiert wird!“

Sabine Sambou von der BI schlägt vor: „Anstatt die großen Bäume mit Ihrer immensen Wohlfahrtswirkung für die Luft und das Stadtklima zu fällen, sollten zunächst einmal die 27 vorhandenen Lücken neu bepflanzt werden, gerne auch mit Linden. Es wird sicher möglich sein, dass diese im Schatten der anderen Bäume wachsen, denn die anderen nachgepflanzten Bäume wachsen dort ja auch!“



Geplante Abholzung aller Bäume konnte nach massiven Protesten der Bürger erstmal verhindert werden.

Infostand der BI Kanzlerfeld am Samstag, dem 14. April 2018, 14 bis 17 Uhr im Wichernhaus beim 2. Nachbarschaftsfest

Die BI Kanzlerfeld informiert:

Man wollte ja ganz schnell vollendete Tatsachen schaffen mit einem „beschleunigten Verfahren“ ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Da waren sich Edeka/Görge, der Investor Lauwig GmbH und die Stadt, Rat und Verwaltung, einig. Schon 2014 sollte der Supermarkt vom Stadtteilzentrum Kanzlerfeld auf die grüne Wiese am Franz-Rosenbruch-Weg verlagert sein. Diese Pläne sind vorerst gescheitert.

Man darf also gespannt sein auf die Ergebnisse der UVP, eventuell aktualisierte Gutachten und die überarbeitete Bauplanung im Rahmen der erneuten Auslegung voraussichtlich im 2. Quartal 2018. Die BI benötigt noch qualifizierte Unterstützung durch Fachleute für rechtliche Fragen und Gutachten (insbesondere zu Lärmschutz und Verkehr). Bitte machen Sie mit und helfen Sie mit Ihrer Spende, treffen Sie uns beim Nachbarschaftsfest! Die beste Lösung fürs Kanzlerfeld ist und bleibt: Bolzplatz und Grünfläche erhalten, das Einkaufszentrum im Stadteilmittelpunkt modernisieren! Bürgerinitiative Stadteilmittelpunkt Kanzlerfeld

Fritz Walz (Bezirk Innenstadt): „Auf meine Initiative hin soll eine Mooswand auf dem Hagenmarkt aufgestellt werden, die Schadstoffe in der verkehrsreichen Innenstadt zu reduzieren hilft. Der Sturm hat den Hagenmarkt optimal gestaltet, ohne dass weitere Eingriffe gemacht werden müssen. Die 14 noch vorhandenen Bäume stehen genau an der richtigen Stelle. Nachhaltiger und kostensparender geht es nicht mehr. Des Weiteren ist der Hagenmarkt damit auch Mahnstätte für den Made-Klimawandel geworden.“

Georg-Eckert-Instituts massiv umgebaut und Bäume gefällt werden. Die vor Gericht anhängige Klage gegen das Projekt unterstütze ich. Der Innenhof Kaland/Juliusstraße darf nicht verkauft werden, um dort Carports zu bauen!“

Helmut Rösner (Bezirk Heidberg-Melverode):

„Folgende Projekte haben auf meinen Antrag bzw. mit meiner Unterstützung Erfolg in den Haushaltsberatungen gehabt: Am Erfurtplatz eröffnet im Herbst ein Stadteilladen als neues Kommunikationszentrum für Vereine und Initiativen. Die Alte Schule in der Bolkenhainstraße wird saniert und dient zukünftig wieder als Bürgertreffpunkt. Die erfolgreiche Arbeit auf dem Abenteuerspielplatz Leipziger Str. wird durch eine zusätzliche halbe Erzieherstelle ergänzt.“

Berkan Kurtoglu (Bezirk Viewegsgarten-Bebelhof):

„Der dunkle Fuß- und Radweg hinter den Eisenbahnbrücken an der Salz-dahlumer Straße in Richtung Bahnhof sollte beleuchtet werden. Das hat der Bezirksrat auf meinen Antrag hin beschlossen, wurde aber noch nicht von der Verwaltung zufriedenstellend umgesetzt. Die Wiederanschaltung der Straßenlaternen - die lediglich die Fahrbahn beleuchten - sorgt nicht für genügend Helligkeit auf dem Fußweg, so dass dort zusätzliche Fußweglaternen installiert werden sollten oder einzelne Leuchtstrahler, die an vorhandenen Straßenlaternen angebracht werden könnten.“

Astrid Buchholz (Bezirk Wenden-Thune-Harxbüttel):

„Der Zwischenschall mit radioaktivem Jod bei GE Healthcare hat gezeigt, wie unsicher der Standort der Atom-

firmen in Thune in direktem Umfeld von Schulen, Kindergärten und Wohnbebauung ist. Bei Unfällen dieser Art müssen die AnwohnerInnen sofort und unverzüglich informiert werden. Es kann nicht sein, dass Stadt und Feuerwehr erst eine Woche später über Pressemitteilungen des Umweltministeriums in Hannover von Unfällen erfahren.“

Tanja Bonnet, Heinz Stein (Bezirk Weststadt):

„Nach über 60 Jahren werden endlich die sanitären Anlagen des Sinti-Platzes am Madamenweg saniert. Die Bewohner bekommen – nachdem wir vor über einem Jahr das Thema erneut im Bezirksrat aufgegriffen haben – nun Wasserleitungen. Was jetzt neu geregelt werden muss: Die Satzung für den Platz ist nicht mehr zeitgemäß und muss komplett überarbeitet werden.“

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Sabine Bartsch, Wolfgang Büchs (Bezirk Schunteraeue):

„Schön: Die Nachnutzung des Nordbades soll auf unsere Initiative nun auch für weitere Vereine möglich sein, nicht nur, wie ursprünglich vorgesehen, für den MSC. Es gibt aber noch viel zu tun: Fußgängerüberweg, Beleuchtung der Stichwege, Belebung des Tostmannplatzes z. B. durch einen offenen Bücherschrank ... Manchmal nur „Kleinigkeiten“, aber immer eine Verbesserung der Wohnqualität. Wir werden weiterhin den Baumbestand in der Schunteraeue im Blick behalten und darauf achten, dass Nachpflanzungen durchgeführt werden.“

Jürgen Reuter (Bezirk Südstadt-Rautheim-Mascherode):

„Die BIBS hat den Autohof auf dem Gelände der Heinrich-der-Löwe-Kaserne verhindert, damit dort Wohnen

ermöglicht wird. Aus historischen Gründen gehört das Gebiet zu Rauthheim. Einen entsprechenden interfraktionellen Antrag haben wir jüngst im Bezirksrat verabschiedet. Das Mascheroder Holz muss schnell Naturschutzgebiet werden. Die Stadtbahn muss so schnell wie möglich den Südosten Braunschweigs anbinden.“

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Tatjana Jenzen, Oliver Büttner (Bezirk Wabe-Schunter-Beberbach):

„Auf gemeinsame Initiative mit SPD und Grünen soll die Lärmschutzkommission am Flughafen erweitert werden und die Flughafengesellschaft leisere Bodenstromaggregate (GPUs) anschaffen. Waggum ist auch weiter in Hinterhoflage – die Stadt muss endlich die noch offenen Verkehrsgutachten vorlegen und das vom Gericht 2009 geforderte Planfeststellungsverfahren zur Verkehrsführung muss auf den Weg gebracht werden!“

Dr. Michael Gläser (Bezirk Volkmarode):

„Die IGS Volkmarode benötigt dringend eine neue größere Sporthalle. Erreicht werden konnte, dass zumindest die Planungen sofort beginnen. Die Verkehrssituation an der Hordorfer Straße in Schapen ist trotz mehrfacher Beschlüsse noch nicht verbessert worden. Das muss sich ändern! Der neue Vorschlag der Verwaltung für einen Minikreisell sollte schnell umgesetzt werden. Volkmarode muss endlich einen „Marktplatz“ bekommen.“

Sven-Christoph Schütt (Bezirk Lehnendorf-Watenbüttel):

„Nachdem der Kindergarten im Lehnendorfer Turm geschlossen wurde, um Platz für die Einrichtung der Ganztagsgrundschule zu schaffen, muss in

Lehnendorf selbst mehr direkte, wohnortnahe Kinderbetreuung erfolgen. Die Nahversorgung im Kanzlerfeld soll im Bestand des alten Zentrums am David-Mansfeld-Weg verbessert werden. Den Bau eines Supermarktes auf dem gegenüberliegenden Bolzplatz lehne ich ab.“

Heiderose Wanzelius, Wolfgang Wiechers (Bezirk Östliches Ringgebiet):

„Die Bäume an der Jasperallee dürfen nicht alle auf einmal gefällt werden! Vielmehr sollten zunächst die bestehenden Lücken mit Linden bepflanzt werden. Eine Allee darf nicht jahrelang ohne Bäume auskommen. Das Beispiel Adolfstraße mahnt. Die angeplante Parkplatzsituation darf nicht dazu führen, weitere grüne Hinterhöfe für Autos zuzupflastern. Das Ringgleis muss sinnvoll in den geplanten ÖPNV-Knoten am Gliesmaroder Bahnhof integriert werden.“



Kinder der Comenius-Schule kämpfen für ihre Turnhalle

Arbeitskreis Schunteriedlung: Wer wenn nicht wir, wann wenn nicht jetzt

Die Schunteriedlung - ein Wohnquartier mit einzigartigem Charakter. Viele engagierte und kreative Menschen leben hier - viele Menschen mit „Haltung“.

Anfangs sich für den Erhalt der Schule im Quartier einsetzend, hat sich der Arbeitskreis Schunteriedlung inzwischen zum Ziel gesetzt, „Leben in die Schunteriedlung“ zu bringen und auf diese Weise die Wohnqualität zu stärken. Aktuell bieten wir im Winterhalbjahr einmal monatlich ein Treffen bei Kaffee und Kuchen in der Dankeskirche für Jung und Alt an, Zeit für ein nettes Beisammensein, interessante Gespräche und kleine kulturelle Darbietungen, wie z. B. dem Chor „Just sing“, der „Lerche aus der Schunteriedlung“, Kunst-

stücke mit Lotti, Gesellschaftsspiele ... Der nächste Termin mit dem Chor Just Sing ist am 8.4.2018. Kuchenspenden sind immer willkommen. In Planung sind außerdem ein Picknick sowie ein Flohmarkt (am 6.5.) auf dem Tostmannplatz. Wir kooperieren eng mit der Initiative ART, mit der Dankeskirche und unterstützen auch bei Bedarf andere Initiativen und Vereine wie z. B. bei der 100-Jahr-Feier in Kralenriede oder den Laternenumzug in der Schunteriedlung. Wir treffen uns regelmäßig alle 4 Wochen, sind offen für fast alles. Jede/r kann mitarbeiten, diskutieren, Ideen einbringen, Probleme besprechen (große und kleine) und natürlich auch Kritik äußern. Natürlich haben wir auch einen politischen Anspruch, rechtes Gedan-

kengut hat bei uns nichts zu suchen! Auch das ehemalige Nordbad ist natürlich im Fokus unserer Arbeit, auch wir haben Interesse – zusammen mit vielen anderen, die Nachnutzung konstruktiv zu begleiten und ggf. auch unseren Beitrag zu einer sinnvollen Nutzung und im Interesse der Menschen im Bezirk Schunteraeue zu gestalten.

Für den Arbeitskreis Schunteriedlung: Sylvia Wolter, Wolfgang Bartsch



Liebe Aktive, Interessierte, Bürgerinnen und Bürger der Schunteraeue (und darüber hinaus), wir laden weiter ein zum:

„Offenen BIBS Bürgerstammtisch“

im Heinrich-Jasper-Haus am Tostmannplatz. Ideen / Kritik / Vorschläge / Austausch / Anregungen etc. können hier eingebracht / diskutiert / besprochen werden.

Termine dienstags:

3.4., 8.5., 5.6., 7.8., 4.9., 16.10., 6.11., 4.12.2018, jeweils von 18 bis 19:30 Uhr

Sabine Bartsch, Mitglied Stadtbezirksrat Schunteraeue

Gabi Mersch, aktiv bei der Initiative ART

Jörg Fischer, Mitglied im BBG Aufsichtsrat

Sylvia Wolter, aktiv im Arbeitskreis Schunteriedlung

TIERSEELEN-TRAUERMARSCH IN BRAUNSCHWEIG

Für die meisten Menschen ist ein Nutztier nur ein Produkt, ein Stück Fleisch, ein paar Sekunden auf ihrer Zunge! Für uns sind es Mitgeschöpfe, empfindungsfähige Individuen, die ein Recht haben zu leben wie jeder von uns!

Wir wollen um die unzähligen unschuldigen Tiere trauern, die täglich weltweit geschlachtet werden. Liebe Tierfreunde/-innen: Wer mit uns gemeinsam ein Zeichen setzen möchte, ist herzlich eingeladen, sich dem Trauerzug anzuschließen. Um angemessene Kleidung wird gebeten.

TIERSEELEN-TRAUERMARSCH AM SAMSTAG, 14. APRIL 2018

Ansprache / Vorbereitung: Um 13:30 Uhr vor der Martinikirche, am Altstadttrathaus
Trauerzug: Ab 14:00 Uhr durch das Stadtzentrum
Zwischenkundgebung: Um 14:30 Uhr vor dem Schloss am Reiterstandbild
Symbolische Beisetzung: Um 15:00 Uhr am Ringerbrunnen vor der Burg

Kontakt: Trauerzug_Info@gmx.de

„Denn die einen sind im Dunkeln
Und die anderen sind im Licht.
Und man sieht nur die im Licht.
Die im Dunkeln sieht man nicht.“
Bertholt Brecht

1968 – und was daraus wurde

... weiter von Seite 1

Als erstmals ein Student in einem Uni-versitätsseminar von seiner Neurose sprach, zeigte sich, dass der Lernprozess Früchte trug. Ein weiterer Erfolg war die kursierende Liste von Ärzten, die auch unverheirateten Frauen die Pille verschrieben.

Der Tod Benno Ohnesorgs

Diese Phase endete, als am 2. Juni 1967 der friedlich demonstrierende Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde. „Das können sie doch nicht mit uns machen!“, war mein erster Gedanke. „Sie“, das war „das Establishment“, und „wir“, das war die Gemeinschaft der Studenten, die sich in diesen Tagen zu bilden begann. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Studentenschaft politisierte, war verblüffend. Nicht nur, dass sich mit einem Schlag alle duzten (war vorher nicht üblich gewesen!), selbst in der Mensa sprach man von fast nichts anderem mehr als von Politik. Hatte man bisher einzelne Reformen verlangt, so richtete sich nun der Blick auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Wie eine andere Gesellschaft aussehen sollte, wurde zum Gegenstand heftiger Debatten. In der Gesellschaft wuchs die Abneigung gegen alle Studenten. Vor allem Rudi Dutschke begegnete man mit blankem Hass.

3. Dutschke-Attentat und Notstandsgesetze

Im April 1968 verübte ein von der BILD-Zeitung aufgehetzter Lehrling ein beinahe tödliches Attentat auf Rudi

Dutschke. Nun wurde offen über Gewalt diskutiert, vorläufig allerdings nur über Gewalt gegen Sachen (z. B. die BILD-Zeitung). Bis zum Sommer dürften noch viele an die Möglichkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen auf parlamentarischem Wege geglaubt haben, doch mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze am 30. Mai war den meisten klar, dass die Studentenbewegung gescheitert war.

Von nun an war die Einheit der Studentenbewegung, die sich im SDS manifestierte, vorbei. Es begann die Zeit der K-Gruppen, teils Moskauer – teils Peking-Provenienz. Auch die RAF formierte sich. Sie gilt in der öffentlichen Meinung heute meist als das logische Produkt der Studentenrevolte: Wer rebelliert, endet schnell im Terrorismus. Dabei stellte sie nur einen minimalen Teil derer dar, die eine gesellschaftliche Veränderung erstrebten. Weitaus zahlreicher waren die „Aussteiger“, die Blumenkinder, die – meist mit viel Hasch – sich außerhalb der Gesellschaft positionierten. Die überwiegende Mehrheit der Studenten aber legte ihre Examina ab und wurde Ärztin, Jurist, Pfarrer oder Lehrerin, in der Hoffnung, mit einem „Langen Marsch durch die Institutionen“ dem Obrigkeitsstaat ein menschlicheres Gesicht zu verleihen.

Folgen

Aber 1968 hat nicht nur eine Vor-, sondern eine lange Nachgeschichte. Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“



kann als Echo auf die Studentenrevolte betrachtet werden. (Die Berufsverbote waren allerdings die Kehrseite der Medaille.) Das BGB wurde entrümpelt, vor allem, was Frauen und Familie betraf. Bedeutsamer noch war die Bildung einer Vielzahl von Initiativen, die sich Frauen, Frieden, Pädagogik, Ökologie und dem Kampf gegen die Atomenergie widmeten. Die Grünen entstanden als „Antipartei“(!). Das liberale

Bürgertum war aufgewacht. Über ein Jahrzehnt gab es den Ton an, sehr zum Widerwillen der Konservativen, die 1982 mit Kohls Regierungsübernahme eine „geistig moralische Erneuerung“ in ihrem Sinne propagierten. In den folgenden Jahrzehnten setzte sich jedoch der Neoliberalismus durch. Was ist geblieben? Auf alle Fälle eine Modernisierung der Gesellschaft, die sich vor allem in der sexuellen Befrei-

ung und der wachsenden Gleichberechtigung der Frauen ausdrückt. Im sozialen Sektor sind die meisten Errungenschaften aus der Zeit des Wohlfahrtsstaates rückgängig gemacht worden. Auch die demokratischen Errungenschaften gehen mehr und mehr verloren. Aber die Botschaft, dass eine andere Welt möglich sei, lebt in veränderten Formen weiter.

Dr. Ingeborg Gerlach

Quo vadis, Rechtsstaat?

Polizeigewalt und Repression gefährden unsere Demokratie

G20 war erst der Anfang

Nach erneuten Strafrechtsverschärfungen im Mai 2017 wurde deren Anwendung bei der Bekämpfung überwiegend friedlicher Demonstranten im Umfeld des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017 offenbar erprobt. Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit wurden dabei durch entfesselte Polizeigewalt handstreichartig ausgesetzt.

Jugendorganisationen wurden z. B. schon bei der Anreise direkt in die Gefangenensammelstelle verbracht, Anwälten der Kontakt zu Mandanten verwehrt, ein gerichtlich genehmigtes Protestcamp gewaltsam geräumt,

Die enthemmte und anlasslose Polizeigewalt sowie Grundrechtsbeschneidungen nehmen jedoch seit G20 immer beängstigendere Formen an und scheinen zum Regelfall geworden zu sein.

Verbot von ‚linksunten.indymedia.org‘ (Zensur)

Am 14.8.2017 wurde dieses linksgerichtete Nachrichtenportal gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten. Mangels Beweisen für strafbare Handlungen wurden am 25.8.2017 bei Razzien im Autonomen Veranstaltungszentrum KTS in Freiburg sowie in diversen Wohnungen jedwede digitale Infrastruktur und Speichermedien sowie 30.000 € u. a. aus der Konzert- und

Einschränkung der Pressefreiheit, als auch bzgl. der anzuzweifelnden Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums im Hinblick auf das anzuwendende Telemediengesetz infrage. Einziger Anlass für die Repression sei ein Bericht der Verfassungsschutzbehörden, basierend auf Aussagen eines V-Mannes nach Teilnahme an zwei Treffen 2011 und 2013. Inhalt der Gespräche: Geheim! Beweise für rechtswidriges Verhalten: Keine!

Protest gegen AfD-Bundesparteitag von Polizeigewalt überschattet

Am 2.12.2017 wurden in Hannover friedliche Sitzblockaden mittels Wasserwerfer bei Temperaturen um den Gefrierpunkt aufgelöst, Journalisten von der Polizei angegriffen und als parlamentarische Beobachter angemeldete Abgeordnete mit Platzverweisen belegt. Bei einer Blockade-Aktion mittels Ankettens an eine Metallpyramide wurde einem Gewerkschafter durch die Polizei ein Bein zweifach gebrochen. Ferner wurden Toilettengänge verwehrt, Demonstranten anlasslos zur Personalspeicherung herausgegriffen und der Demonstrationzug von behelzten Hundertschaften eskortiert. Dazu Wasserwerfer an jeder Ecke, zwei über den Köpfen kreisende Hubschrauber und Räumpanzer. Am Schluss wurden die Demonstranten auf dem Georgsplatz nahezu eingekesselt.

In einem Offenen Brief vom 6.12.2017 kritisierte die IG Metall den martialischen Auftritt der Polizei und die durch die Einsatzkräfte ausgeübte Gewalt scharf und sieht das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit

durch systematische Schwächung und Kriminalisierung der Gegenproteste massiv eingeschränkt. Drei Polizeigewerkschaften zeigten sich laut HAZ vom 7.12.2017 empört und bestritten die Schilderungen.

Hausdurchsuchungen und massive Polizeigewalt durch die Braunschweiger Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE)

Bei einer Razzia in 8 Bundesländern wurden am 5.12.2017 systematisch Wohnungen von vermeintlichen G20-Demonstranten (eine davon in Braunschweig) sowie 24 Zentren der vermeintlich linken Szene durchsucht und 26 Laptops, 35 Handys und mehrere USB-Sticks sichergestellt. Nach Angaben des Göttinger Kreistagsabgeordneten Dr. Meinhart Ramaswamy, der noch nicht einmal an den Protesten in Hamburg teilgenommen hatte, hätten 25 Personen seine Wohnung gestürmt und seine Festplatten, USB-Sticks und Mobiltelefone beschlagnahmt.

Bei einer Demonstration am 9.12.2017 in Göttingen gegen diese Hausdurchsuchungen ging die Braunschweiger BFE mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten, insbesondere den Journalisten Marian Ramaswamy (Sohn des o. g. Dr. Meinhart R.) vor, der nach Kooperationsgesprächen nun als Ordner schlichten wollte, als die Polizei grundlos die Demonstranten stoppte. Er wurde von den Beamten anlasslos verprügelt, zu Boden gebracht, im Nacken fixiert und im bewusstlosen Zustand über die Straße geschleift. Die polizeilichen Übergriffe sind videografiert und u. a. bei regionalBraunschweig.de veröffentlicht worden.

Aufforderung zur Lynchjustiz?

Im Dezember 2017 hatten Ermittler zur Fahndung nach sogenann-

ten G20-Chaoten 100 Fotos und Videosequenzen zur Öffentlichkeitsfahndung ins Netz gestellt. „Es handelt sich um die Aufforderung, eine Vielzahl von Menschen zu jagen, deren Tat oder Tatbeitrag völlig ungeklärt ist.“ [...] „G20 ist keine Lizenz zum Rechtsbruch“, so der ehemalige Staatsanwalt, Landgerichtsrichter und heutige Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, in seinem Kommentar vom 18.12.2017.

Repression gegen Kurden

Zahlreiche Demonstrationen in Deutschland gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei im syrischen Afrin wurden seit Jahresbeginn 2018 wegen der Teilnahme kurdischer Interessensverbände systematisch aufgelöst oder schon im Vorfeld verboten. Für diese Diskriminierung bedankte sich der türkische Ministerpräsident Binali Yildirim nach seinem Besuch bei Angela Merkel am 16.2.2018.

Noch härtere Strafen gefordert

Trotz der gerade erst erfolgten Gesetzesverschärfungen fordern Polizeigewerkschaften noch härtere Strafen bei Tathandlungen gegen Polizisten. Im November 2017 schrieben sich CDU und SPD in Niedersachsen die Verschärfung des Versammlungsgesetzes in den Koalitionsvertrag.

Grundrechte verteidigen

Grundrechte müssen in einer Demokratie immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden.

Hilfreich dabei und auf Unterstützung der Bevölkerung angewiesen sind u. a.:

<http://demonstrationsrecht-verteidigen.de/>
<https://unitedwestand.blackblogs.org/>
<https://www.rote-hilfe.de/>
<http://buendnisgegenrechts.net/>
<https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/>



Foto von: David Janzen

friedliche Demonstrationen schon zu Beginn zerschlagen, Teilnehmer, Journalisten und Anwohner grundlos verprügelt und 32 Journalisten anlasslos die Akkreditierung entzogen. Panorama 3 berichtete am 28.11.2017 über das überharte Vorgehen der Hamburger Justiz gegenüber den Demonstranten, oftmals ohne jeden Nachweis einer Tatbeteiligung.

VoKü-Kasse beschlagnahmt. Das Gleiche zwei Wochen später in den Geschäftsräumen der Arbeitgeber der angeblichen „Staatsfeinde“. Der Göttinger Rechtsanwalt von 5 Betroffenen, Sven Adam, stellte in seinem Vortrag am 8.2.2018 in der Braunschweiger Neustadtmühle die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen sowohl aufgrund der unzulässigen

Gedenken

75 Jahre Deportation der Sinti aus Braunschweig am 3. März 1943



Aufzeichnung eines Gesprächs von Heiderose Wanzelius und Heinz Stein mit Rudolf Weiss, einem von zwei noch lebenden Sinti, die am 2. März 1943 aus dem Lager in Braunschweig-Veltenhof nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Das Gespräch fand am 25. Februar 2018 in der Wohnung von Weiss in Minden statt. Rudolf Weiss wurde am 28. September 1927 in Ahnsen bei Gifhorn geboren.

Warum?

Immer und immer wieder fragt sich Rudolf Weiss - ein 90-jähriger Sinto - warum er in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1943 von Braunschweig gemeinsam mit seinem Bruder, seinen Eltern und über 40 weiteren Familien nach Auschwitz deportiert worden ist. Nach Mitternacht wurde das Lager in Veltenhof umstellt, grelles Scheinwerferlicht und gellende Befehle weckten die Bewohner in ihren Wagen. Unvermittelt aus dem Schlaf gerissen, wurden weit über 200 Menschen mit Waffengewalt auf LKWs gedrängt - Schäferhunde bellten - es herrschte Chaos und nackte Angst.

Wie aus den Aufzeichnungen von Pastor Falkenroth hervorgeht, greinten die Frauen und Kinder, flehten um Hilfe, vergebens. Auf den LKWs ging

es weiter, schwer bewacht von Sicherheitsdienst und Gestapo bis zum Verschiebebahnhof an der Helmstedter Straße. Herr Weiss erinnert sich daran, denn dieser Ort war ihm bekannt. Schließlich musste er dort gemeinsam mit seinem Bruder und seinem Vater bereits seit einigen Jahren Schwerstarbeiten verrichten: Schnee schieben, Entlade- und Bauarbeiten etc. - während andere Kinder und Jugendliche ihres Alters noch zur Schule gehen durften. Morgens um 4 Uhr ging's zu Fuß vom Lager Veltenhof bis zum Verschiebebahnhof. Es dauerte Stunden bis sie ihr Ziel erreicht hatten, denn öffentliche Verkehrsmittel durften sie als Sinti nicht nutzen. Dies war ihnen strikt verboten. Erst gegen Abend kehrten sie in der Dämmerung erschöpft wieder ins

Rudolf Weiss, Sinto aus Braunschweig, überlebte Auschwitz



Tätowierung von Rudolf Weiss aus dem KZ Auschwitz



Heinz Stein, Sprecher der Braunschweiger Sinti, mit einer Schülerin der 10. Klasse der Nibelungen-Realschule während der Enthüllung der Infotafel zum Sintilager in Veltenhof

Lager Veltenhof, „Am Sandanger“ zurück. Und der Hunger war so grausam. „Unterwegs haben wir uns auf einem Feld Runkelrüben rausgerissen und verschlungen,“ erinnert sich Rudolf Weiss, „hätten sie uns dabei erwischt, wäre unser Schicksal schon damals besiegelt gewesen: Als Volksschädlinge wären wir ins Zuchthaus gekommen, einige wurden damals wegen solcher Delikte zum Tode verurteilt.“

„Wir sind doch auch Deutsche, wir haben geschuftet, und dennoch stempelte man uns Sinti als arbeitsscheu und minderwertig ab. Deshalb haben sie uns am Ende nach Auschwitz verfrachtet.“ Während Herr Weiss dies berichtete, schaute

er uns fragend an. Auschwitz erreichten sie Anfang März 1943 nach einer langen Bahnfahrt. Angeblich sollten sie nach Osten umgesiedelt werden, eine Siedlung war ihnen versprochen worden. Bei Nacht kamen sie an, es war verschneit und beim Verlassen der Wagons trafen die Sinti gleich auf einen jüdischen Häftling, der ihnen reinen Wein einschenkte. Heimlich informierte er sie darüber, dass sie in einem Todeslager waren: „Von hier kommt niemand mehr lebend weg,“ so seine Worte.

Rudolf Weiss schaffte es dennoch, den Schergen zu entkommen, während weit über 100 Braunschweiger Sinti ermordet wurden. Herr Weiss, sein Bru-

der und seine Mutter kamen nach Braunschweig zurück, aber niemand wollte sie willkommen heißen. Eine Entschädigung als ethnisch Verfolgte wurde ihnen erst unter der Ära von Helmut Schmidt in den 80er Jahren zuerkannt.

Braunschweig ist für ihn die Stadt, die er niemals mehr als Heimat betrachtete. Er lebt heute hochbetagt und schwer krank in Minden. Die Erhöhung der Einstufung seiner Pflegeversicherung wurde gerade abgelehnt. Seine Tochter ist verzweifelt - sie muss neben ihrem Vater noch ihren behinderten Sohn betreuen: „Warum hilft uns keiner?“

*Heiderose Wanzelius
Heinz Stein*



Sammellager der Sinti in Braunschweig-Veltenhof am 30.9.1940 (Foto: unbekannter Flakhelfer, Sammlung Gerda Held)

Gedenkfeier am 3. März 2018: 75 Jahre Deportation der Sinti nach Auschwitz-Birkenau



Sinti-Gedenken - Eine weiße Rose für jeden Ermordeten am 3. März 2018



Die offizielle Gedenkrede der Stadt hielt OB Markurth.



Rudolf Weiss, Braunschweiger Sinto und KZ-Überlebender mit Heinz Stein, Sprecher der Braunschweiger Sinti



Ganz links die Sinteza Raffaella Laubinger gemeinsam mit SchülerInnen der Nibelungen Realschule und deren Lehrerin Simone Weiss (2.v.l.) und dem Historiker Frank Ehrhardt (ganz rechts) an der Gedenkstätte Schillstraße.

Ein langer, schwerer Weg in die Stadtgesellschaft - nun geht es voran

Im Anschluss an den „2. Runden Tisch Sinti“ bildete sich Anfang des Jahres 2018 eine Ratsmehrheit in Solidarität mit den Braunschweiger Sinti. Sie sorgte dafür, dass 90.000 Euro bereitgestellt werden für die Sanierung der Sanitäreinrichtungen sowie die Verlegung von Wasserleitungen zu den einzelnen Wohnwagen am Madamenweg 94. Dies ist für die Sinti eine große Erleichterung, denn bisher müssen sie das Wasser in Kanistern zu ihren Wohnwagen transportieren. Seit 1961 leben auf dem Platz dauerhaft viele Familien. Das Areal wurde den damaligen Überlebenden offiziell von der Stadt Braunschweig zur Verfügung gestellt. Es ist ihnen zur Heimat geworden, zurzeit leben dort rund 50 Personen.

Heiderose Wanzelius



Die Sinti-Musiker Maurice und Kussi Weiss, im Vorfeld der Gedenkfeier am 03. März



Sintisprecher Heinz Stein (2.v.r.) beim symbolischen ersten Spatenstich im Juni 2017